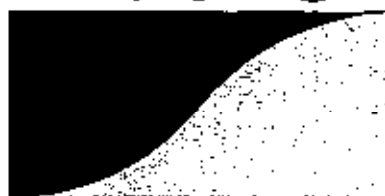


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 8 88 846 ppbn d
Telefax: 21 05 64



Inhalt

Dr. Haidi Streletz zum
Embryonenschutzge-
setz der
Koalitionsfraktionen:
Menschen mit
Qualitätssiegel projek-
tiert.

Seite 1

Max von Heckel MdL zu
Abhöraktivitäten des
US-Geheimdienstes auf
bayerischem Boden:
Verhalten wie in einem
besetzten Land.

Seite 2

Dokumentation:

Zur Eröffnung des
Werkstattgesprächs
"Drogenschutz für
junge Menschen - aber
wie? Auf der Suche
nach neuen Wegen in
der Drogenpolitik"
sprach der SPD-Bun-
destagsabgeordnete
Dr. Alfred Emmerlich.
Sein Plädoyer für eine
neue Drogenpolitik im
Wortlaut.

Seite 3

45. Jahrgang / 204

24. Oktober 1990

Menschen mit Qualitätssiegel projiziert Zum Embryonenschutzgesetz der Koalitionsfraktionen

Von Dr. Haidi Streletz
Stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft
sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Das Embryonenschutzgesetz der Koalitionsfraktionen ist genau so ein Flop wie es das Gengesetz war. Das Netzwerk von männlichen Interessen in Forschung, Medizin und Genetik hat seine Interessen voll durchgesetzt.

Frauen werden zu Eispenderinnen, die möglichst gesunden Nachwuchs mit wissenschaftlichem Garantiesiegel für Erbgesundheit produzieren müssen. Forschung an Ei- und Spermazellen vor und nach der Vereinigung im Reagenzglas wird nicht ausgeschlossen, ebensowenig Geschlechtsauswahl, Eingriffe in die Keimbahn, Experimente in Richtung auf Chimären und Hybridwesen oder Leihmutterchaft.

Es ist zu befürchten, daß dieser Einstieg in die Eugenik im deutsch-deutschen Getümmel untergeht. Gerade auch im Hinblick auf die von allen gewollte deutsche Vereinigung müßte die Verantwortung von Politikern der bisherigen BRD dem hemmungslosen Forscherdrang, bisher völlig ungebremst und undiskutiert in der ehemaligen DDR, Einhalt gebieten.

Die Retortenbefruchtung wird zur Methode der Wahl, ungeachtet der möglichen Alternativen, der physischen und psychischen Belastung der Frauen, ungeachtet auch der Folgen für das technisch produzierte geborene Leben. Wie lange wird es dauern, bis auch hier wie in den USA Frauen das Sorgerecht über ihren Embryo in der Schwangerschaft entzogen wird, weil es Mediziner und Juristen so wollen?

Bei einer in Frankreich festgestellten Erfolgsquote von 15,4 Schwangerschaften und 7,7 Prozent Lebendgeborenen entlarvt sich die Retortenbefruchtung als wissenschaftliches Interesse und nicht als Hilfe für betroffene Frauen. Die Untersuchung der Erbanlage vor der Implantation der Embryonen wird nicht ausgeschlossen. Wie schwer wird es in Zukunft eine Frau haben, Genomanalyse zu verweigern und sich bewußt auch für die Geburt eines behinderten Kindes zu entscheiden?

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verbinden Sie
sich mit uns
auf dem
Rezeptions-Papier



Ebenso unverantwortlich ist die Zulassung der heterologen Befruchtung. Es ist die Rede von Samenspende eines Dritten. Heterolog heißt aber auch, Eizellen einer Dritten. Davon redet niemand. Es gibt also schon hier keine Gleichberechtigung von Ei- und Samenzellen. Das Gesetz in der jetzigen Form ist überflüssig, weil es zu jedem Gebot so viele Schlupflöcher läßt, daß im Grunde kaum eine Einschränkung aller denkbaren Techniken übrigbleibt, und dies noch ohne jegliche Kontrollmöglichkeiten.

Wenn die befruchtete Eizelle schon Embryo ist, wird in Zukunft schon die Spirale ein Straftatbestand sein. Frauen sollen alles erdulden; die mehrmalige Therapie mit Hormongaben, Ei-Entnahme, Implantation, die von außen getroffene Entscheidung, ob das Embryo frei von Erbkrankheiten und damit lebenswert ist, Geschlechtsauswahl des möglichen Fetocid bei Mehrlingsschwangerschaften, intrauterine Foetaltherapie.

Wer kümmert sich um die Frauen, bei denen die Therapie versagt? Wie wird die Einstellung zu Behinderten sich verändern, wenn Erbgesundheit möglich ist?

Die ASF hat schon lange sehr restriktive Beschlüsse und weiß sich in den Zielen einig mit der autonomen Frauenbewegung und den Kirchen. Es bleibt die Frage, wie christlich die Unionsparteien sind bei diesem Gesetz, das den Einstieg in die technische Produktion von Menschen mit Qualitätssiegel bedeutet.

(-/24. Oktober 1990/rs/tr)

Verhalten wie in einem besetzten Land

Zu Abhöraktivitäten des US-Geheimdienstes auf bayerischem Boden

Von Max von Heckel MdL

Dürfen sich die USA weiterhin wie in einem besetzten Land verhalten? Nach einem Bericht der Münchner "Abendzeitung" stellt der US-Nachrichtendienst National Security Agency (NSA) trotz der Beendigung des Kalten Krieges seine Spionagetätigkeit auf deutschem Boden nicht ein. Nunmehr, so die NSA, gehe es "um die Kontrolle des geeinten Deutschland als wichtigste europäische Wirtschaftsmacht" und "den Fernsprech- und Funkverkehr von Wirtschaftsunternehmen und Banken" als "künftigen Schwerpunkt der Spionagetätigkeit". Wie steht es nun um die angebliche Wirtschaftsfreundlichkeit der bayerischen Staatsregierung?

In einer schriftlichen Anfrage will ich von der bayerischen Staatsregierung wissen:

1. Trifft es zu, daß die NSA auch auf bayerischem Boden, unter anderem von der "Aibling Station" aus den Funk- und Fernsprechverkehr in Bayern überwachen und abhören kann und sogar in der Lage ist, die Computer-Kommunikation ganzer Großbüros abzuhören?
2. Auf welche Rechtsgrundlage stützt sich diese Spionagetätigkeit nach der endgültigen Aufgabe des Besatzungsrechts?
3. Ist diese Tätigkeit mit dem Grundgesetz und der bayerischen Verfassung und den strengen bundesdeutschen Regelungen für das Abhören des Funk- und Telefonverkehrs zu vereinbaren?
4. Trifft es zu, daß eine Kürzung der Mittel für die US-Nachrichtendienste in Europa im amerikanischen Kongreß mit dem Argument abgeblockt worden ist, die durch die Entspannung freierwerdenden Mittel würden gebraucht für "neue Aufgaben in den Bereichen Wirtschaft und Politik bei feindlichen, neutralen und verbündeten Staaten"?

5. Wie beurteilt die bayerische Staatsregierung das Abhören privater Telefongespräche und telefonische Wirtschaftsspionage durch eine fremde Großmacht?
6. Wird die bayerische Staatsregierung Schritte unternehmen, die oben genannten geheimdienstlichen Tätigkeiten in Bayern einzudämmen beziehungsweise zu unterbinden, und wenn ja, welcher?

(-/24. Oktober 1990/rs/fr)

DOKUMENTATION

Dr. Alfred Emmerlich: Plädoyer für eine neue Drogenpolitik

Zur Eröffnung des Werkstattgesprächs "Drogenschutz für junge Menschen - aber wie? Auf der Suche nach neuen Wegen in der Drogenpolitik" (veranstaltet vom Juso-Bundesverband den Jusos Nürnberg und der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen am 19. Oktober 1990 in Nürnberg) sprach der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Alfred Emmerlich. Sein Plädoyer für eine neue Drogenpolitik im Wortlaut.

Wir fordern eine neue Drogenpolitik, weil die traditionelle Drogenpolitik gescheitert ist.

Der weltweite Vormarsch der Drugs konnte nicht gestoppt werden. Der Drogenkonsum steigt an und mit ihm der Umsatz und die Gewinne des Drogenhandels und auch die Zahl der Drogenabhängigen.

Die Annahme, mit repressiven polizeilichen Mitteln sei das Drogenangebot zu verringern und damit der Drogenkonsum, hat sich als falsch herausgestellt.

Die derzeitige Drogenpolitik verfehlt aber nicht nur ihr selbstgestecktes Ziel. Sie hat darüber hinaus schwerwiegende Schäden zur Folge.

- Sie erzeugt Kriminalität: Nicht nur die Beschaffungskriminalität der Drogensüchtigen, sondern auch die viel schwerwiegendere der Drogenhändler, bestehend nicht nur aus der Produktion von und dem Handel mit Drogen, sondern der bis zu schwersten Gewaltakten reichenden organisierten Kriminalität zu Sicherung des illegalen Tuns gegen Entdeckung und gegen Konkurrenten.
- Sie überantwortet die Versorgung der Drogenabhängigen dem kriminellen Drogenhandel: Die Drogenabhängigen werden damit Objekte einer skrupellosen Ausbeutung.
- Sie bewirkt exorbitante Gewinne des illegalen Drogenhandels mit erheblicher wirtschaftlicher Macht, die auch zu politischer Einflußnahme mißbraucht werden kann.
- Sie macht eine staatliche Kontrolle des Drogenhandels insbesondere hinsichtlich der Warenqualität sowie der Zuverlässigkeit der Handeltreibenden und der Zulässigkeitsbedingungen für die Drogenabgabe faktisch unmöglich.
- Sie verringert die Möglichkeit der Drogenabhängigen, sich über Drogen, Drogengebrauch und Therapie (gegen die Drogensucht selbst und gegen durch Drogensucht entstehende Gesundheitsschäden und Krankheiten) zu informieren sowie Beratung, Hilfe und Behandlung in Anspruch zu nehmen (ein erheblicher, vielleicht sogar der überwiegende Teil der Drogentoten dürfte darauf zurückzuführen sein).

Die heutige Drogenpolitik ist überdies in sich widersprüchlich:

- Sie legitimiert sich unter anderem mit dem Anspruch, die Drogenopfer zu schützen. Gleichwohl kriminalisiert sie die Drogenabhängigen und führt die Schädigungen, die sie erleiden, zum beträchtlichen Teil selbst mit herbei.
- Überwiegend richten sich staatliche rechtliche Ermittlungsverfahren gegen Abhängige, während die Hintermännern, Drahtzieher und Organisatoren von Strafverfolgung kaum erfaßt werden.
- Andere Rausch- und Suchtmittel, insbesondere Alkohol und Tabak unterliegen keinen prohibitiven Maßnahmen. Für sie darf vielmehr öffentlich und sogar in öffentlich-rechtlichen Medien geworben werden, obwohl sie mindestens so gefährlich für die Betroffenen sind und für das, was man als Volksgesundheit zu bezeichnen pflegt.

Die Zahl der Drogenabhängigen wird derzeit auf circa 60.000 bis 80.000 geschätzt, die der Alkoholabhängigen auf 1,5 Millionen, die der Raucher dürfte viele Millionen betragen.

1989 gab es knapp 1.000 Drogentote, 20.000 Alkoholtote, ebenso 20.000 Todesfälle durch Medikamentenabhängigkeit.

Auf dem 15. Weltkrebskongreß im August 1990 in Hamburg wurde die Zahl derjenigen, die durch Rauchen an Lungenkrebs in der ganzen Welt täglich sterben mit 8.000 angegeben (das sind jährlich fast drei Millionen).

In dem Bericht der Gewaltkommission heißt es unter anderem: "...wurde 1987 in der Bundesrepublik mehr als jedes dritte Gewaltdelikt (Totschlag, Sexualmord, Vergewaltigung, gefährliche und schwere Körperverletzung) unter Alkoholeinfluß begangen; dabei ist das entsprechende Dunkelfeld noch gar nicht berücksichtigt worden. Nach amerikanischen Untersuchungen ist sogar bei 60 Prozent bis 93 Prozent der Mißhandlungen von Partnern und Kindesmißhandlungen der Alkohol mit im Spiel..."

Die Erfolglosigkeit des repressiven Ansatzes soll überwunden und überspielt werden mit immer neuen Forderungen nach Ausweitung und Intensivierung der repressiven Mittel, vor allem ständig neuen und schwerwiegenderen Eingriffsbefugnissen der Polizei in Grundrechte der Bürger und in die Rechtsstaatlichkeit. Der Gesetzentwurf des Bundesrates "Zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität" ist dafür ein ebenso eindrucksvolles wie abschreckendes Beispiel (er betrifft im übrigen nicht nur die Drogenkriminalität und das, was man als organisierte Kriminalität bezeichnet, sondern nahezu die gesamte Kriminalitätsbekämpfung).

Regierungen der USA haben sogar den "War against Drugs" propagiert und praktiziert. Es wird erwogen, mit der Aussetzung von zig-Millionen Malumbia-Motten Kokapflanzungen aus der Luft zu vernichten. Wer wird da nicht an die Entlaubungsaktionen in Vietnam erinnert?

Eine neue Drogenpolitik ist vom nationalen Rauschgiftbekämpfungsplan der Regierung Kohl nicht zu erwarten.

(-/24. Oktober 1990/rs/tr)
